



Azize Tank

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 77851

📠 (030) 227 – 76851

✉ azize.tank@bundestag.de

Pressemitteilung

Keine Ausnahmen bei der Zahlung von Ghetto-Renten Polnische Roma sowie Jüdinnen und Juden sofort einbeziehen!

„Es ist zynisch und skandalös, dass Roma sowie Jüdinnen und Juden mit Wohnsitz in Polen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen in Ghettos unter deutscher Besatzung gearbeitet haben, weiterhin von Ghetto-Renten aus Deutschland ausgenommen sind. Auch der Referenten-Entwurf der Bundesregierung zum ZRBG ändert nichts daran und schließt erneut zahlreichen Menschen von der Zahlbarmachung von Ghetto-Renten aus - ein eklatanter Bruch elementarer Grundsätze des deutschen Sozialversicherungssystems, für welches die Ghetto-Arbeiter damals Beiträge abführen mussten. Dies ist wesentlicher Bestandteil ihres Grundrechts auf soziale Sicherheit, den die Bundesregierung auch im Sinne bindender europäischer Normen missachtet,“ erklärt Azize Tank, Sprecherin für soziale Menschenrechte und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: „Zahlbarmachung von Ghetto-Renten an jüdische Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer sowie Jüdinnen und Juden mit Wohnsitz in Polen (BT-Drs. 18/1279)“. Azize Tank weiter:

„Die Bundesregierung versteckt sich hinter einem Sozialversicherungsabkommen mit Polen aus dem Jahre 1975, welches nach der Stellungnahme des polnischen Versicherungsträgers ZUS für Ghetto-Beschäftigten jedoch nicht anwendbar ist. Das Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigten in einem Ghetto (ZRBG) von 2002 hat dabei eine völlig neue rechtliche Situation geschaffen, die bei Ansprüchen von Roma sowie Jüdinnen und Juden aus Polen angepasst werden muss.

Die Bundesregierung verschließt sich mit der Novellierung des ZRBG noch immer einer ganzheitlichen Lösung für alle Ghetto-Arbeiterinnen und Arbeiter. Das ist ein unhaltbarer und durch nichts zu rechtfertigender Zustand der Ungleichbehandlung, der sofort behoben werden muss! Ich bin enttäuscht, dass nach dem Treffen vom 30. April in Warschau, zwischen dem deutschen BMAS und dem polnischen Ministerium für Arbeits- und Soziales keine konkreten Zusagen von der Bundesregierung unterbreitet wurden. Erneut wurde die Problemlösung in eine unbestimmte Zukunft verschoben (siehe dazu Antwort der Bundesregierung auf meine mündliche Frage, BT-Drs. 18/1293).

Es ist an Zynismus kaum zu übertreffen, wenn Anspruchsberechtigte Roma sowie Jüdinnen und Juden bereits über zehn Jahre auf eine Novellierung des ZRBG-Gesetzes warten mussten, nur, um zu erfahren, dass sie erneut von der Bundesregierung nicht berücksichtigt werden. Offenbar setzt die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD auf eine biologische Lösung der Problematik. Zudem ist die Bewilligungsquote nach dem bisherigen Gesetz ohnehin skandalös niedrig. Das Bewilligungsverfahren ist nach wie vor intransparent und offenbar darauf ausgelegt, so wenige Anträge auf Ghetto-Renten wie möglich positiv zu bescheiden. Die Bundesregierung muss sofort eine ganzheitliche Auszahlungs-Möglichkeit für alle bislang von den Ghetto-Renten ausgenommenen Roma sowie Jüdinnen und Juden vorlegen. Es darf kein weiteres Verschleppen der Auszahlungen geben!“

Berlin, 16. April 2014